

# Hartz IV

*„überwinden!“*

Proteste – Positionen – Perspektiven

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## DIE LINKE. im Bundestag fordert:

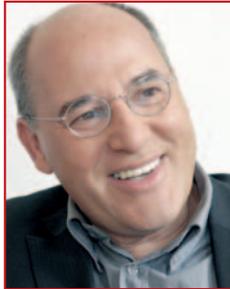
- ▶ eine armutsfeste soziale Grundsicherung als Individualanspruch
- ▶ die Wahrung des Menschenrechts auf angemessenes Wohnen
- ▶ die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I und den Schutz vor Altersarmut
- ▶ die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors und eine auf Qualifizierung ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik

### Liebe Leserinnen und Leser,

die Hartz-Gesetze waren und sind eine Ursache der breiten Protestbewegung gegen die neoliberale und unsoziale Politik in Deutschland. Die Linkspartei und die WASG engagieren sich gemeinsam mit sozialen Bewegungen, Betroffeneninitiativen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften gegen diese Politik und entwickeln eine Strategie zur Überwindung von Hartz IV. Die Fraktion DIE LINKE. hat soziale Bewegungen, Initiativen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften gebeten, sich an der Erarbeitung des Antrages „Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit“ bei einer Anhörung zu beteiligen. Während dieser Anhörung wurden Zustimmung, aber auch detaillierte Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu unserem Rahmenantrag formuliert. Viele Beiträge befassten sich auch mit weitergehenden strategischen und inhaltlichen Überlegungen.

Diese Publikation soll dazu beitragen, den Diskurs über eine sozial gerechtere Gesellschaft voranzutreiben, um eine Politik für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit mehrheitsfähig zu machen.

Dr. Gregor Gysi  
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.

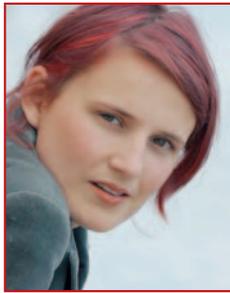


Dr. Gregor Gysi



## Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit

**Hartz IV ist unsozial und ökonomisch kontraproduktiv, erklärt Katja Kipping, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.**



Katja Kipping

Die Erfahrungen, die in den letzten 15 Monaten mit dem Hartz IV-Gesetz gemacht wurden, zeigen deutlich: Hartz IV ist eine grundsätzlich falsche, unsoziale und ökonomisch kontraproduktive Antwort auf die Probleme Massenarbeitslosigkeit und unsichere Beschäftigung. Insofern gilt heute mehr denn je: Hartz IV muss überwunden werden!

Die Fraktion DIE LINKE. fordert eine armutsfeste, bedarfsorientierte soziale Grundsicherung als Individualanspruch für jeden hier lebenden, bedürftigen Menschen. Die Repressionsfreiheit der Zumutbarkeitsregelungen ist zu gewährleisten. Das Recht auf Wohnen muss gewährt, Zwangsumzüge verhindert werden. Der soziale Schutz durch die Arbeitslosenversicherung ist auszubauen, Altersarmut zu verhindern. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor soll sozialversicherungspflichtige Erwerbsarbeit in sozialen, kulturellen und anderen Bereichen ermöglichen.

Die Fraktion DIE LINKE. hat ihre Vorschläge für eine sozial gerechte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik unter dem Titel „Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit – Strategie zur Überwindung von Hartz IV“ mit den sozialen Bewegungen, Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften diskutiert und in einem Rahmenantrag in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Wir brauchen auch weiterhin den Dialog zwischen der Fraktion und den außerparlamentarischen Bewegungen und den gemeinsamen Kampf für soziale Gerechtigkeit.

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. demonstrieren vor dem Reichstag gegen Hartz IV.



## Öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen



Dr. Axel Troost

**Für Dr. Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE., bedeutet Erwerbsarbeit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben**

Arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitische Notwendigkeit gebietet: öffentlich geförderte Beschäftigung muss ausgebaut werden. Sie ist ein wirksames Instrument, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Denn Erwerbsarbeit bedeutet für Menschen Teilhabe am

gesellschaftlichen Leben. Öffentlich geförderte Beschäftigung macht jedoch nur Sinn, wenn mit ihr keine Nachteile für den allgemeinen Arbeitsmarkt verbunden sind. Und es muss sich um Tätigkeiten handeln, die von allgemeinem Interesse sind. Beschäftigt werden Menschen, die beschäftigungsfähig und beschäftigungswillig sind. Öffentlich geförderte Beschäftigung kurbelt außerdem die Binnennachfrage an, indem sie die Kaufkraft fördert. Das ist gut für alle Menschen in Deutschland.



# Wohnen ist Menschenrecht

**Dr. Petra Leuschner, Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, verteidigt das Recht auf Wohnen**



Dr. Petra Leuschner

Ein wesentliches Menschenrecht ist das auf angemessenes Wohnen. Deshalb geht es darum, Massenumzüge durch Hartz IV zu vermeiden. Im Mittelpunkt der zu treffenden Regelungen für das Wohnen im Zusammenhang mit Hartz IV stand und steht für uns die Beachtung des individuellen Einzelfalls. Die getroffene Regelung in Berlin beinhaltet unter anderem die Übernahme der Kosten für das Wohnen ohne jegliche Überprüfung im ersten Jahr des Leistungsbezuges, die Festlegung der Richtwerte nach Haushaltsgröße und Bruttowarmmiete sowie die externe Überprüfungsmöglichkeit der Betriebskostenabrechnungen der Vermieter im Einverständnis mit und für die Betroffenen. Dadurch können viele Umzüge verhindert werden.



## Hartz IV-Regelsätze willkürlich

### Dr. Ulrich Schneider vom Paritätischen Wohlfahrtsverband übt scharfe Kritik an der Bemessung der Regelsätze

Die Bemessung des Existenzminimums mit Hilfe des Statistikmodells suggeriert eine wissenschaftliche Objektivität, die in Wahrheit nicht gegeben ist. Der Umgang mit den Statistiken ist willkürlich und manipulativ.

Die Regelsatzverordnung ist ein Dokument der Ausgrenzung. So werden zum Beispiel nur 17,85 Euro für Telefon- und Faxdienstleistungen gewährt, wo allein die Grundgebühr bereits 15,66 Euro beträgt. Für Schreibwaren und Zeichenmaterial für Schulkinder gibt es 1,33 Euro im Monat. Die Liste dieser absurden Beispiele ließe sich verlängern. Sie belegt gezieltes Kleinrechnen, selbst dort, wo nichts mehr klein zu rechnen ist. Das ganze Verfahren der Regelsatzbemessung ist von der Lebenswirklichkeit in Deutschland weit entfernt.

Aus diesem Grund hält der Paritätische Wohlfahrtsverband es für nötig, das Arbeitslosengeld II um mindestens 19 Prozent zu erhöhen. Außerdem brauchen wir dringend eine öffentliche Debatte um die Höhe des Existenzminimums.



## Hartz IV ist soziale Ungerechtigkeit

### Der Arbeitsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, wirbt für die Pilotprojekte der Landesregierung zur Überwindung von Hartz IV

Zu den Lebenslügen in Deutschland gehört, dass die Massenarbeitslosigkeit nur konjunkturell bedingt sei. Aber hunderttausende Menschen werden nie wieder eine reguläre Stelle finden. An einem steuerfinanzierten Beschäftigungssektor wird kein Weg vorbeiführen. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben den ersten Einstieg in einen solchen öffentlich geförderten gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektor geschafft.

Bundesweit brauchen wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das die Investitionskraft der Kommunen stärkt. Für viele Menschen ist Hartz nur ein anderes Wort für soziale Ungerechtigkeit. Die Schaffung Existenz sichernder Arbeit, von der es sich auskömmlich und in Würde leben lässt – das ist nicht nur das oberste Gebot sozialer Gerechtigkeit, sondern auch das Fundament für die politische Überwindung von Hartz IV.



Helmut Holter



## Vor allem Frauen fallen aus dem Leistungsbezug



Claudia Menne

**Claudia Menne, Leiterin der Abteilung Gleichstellungs- und Frauenpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund, weist auf die negativen Auswirkungen von Hartz IV für Frauen hin**

Aus dem mit heißer Nadel gestrickten sozialreformerischen Gesetzespaket schälen sich allmählich versteckte Wirkungszusammenhänge heraus, die sich als besonders nachteilig für Frauen und Familien erweisen. Mit der Bedarfsgemeinschaft erhält der gegenseitige Unterhalt Vorrang vor den eigenen Rechten. Dem Ziel einer Stärkung der Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Frauen und Männern dient dieser Ansatz nicht. Durch die restriktive Anrechnung von Vermögen und Partner-einkommen fallen vor allem Frauen aus dem Leistungsbezug heraus. Damit wird ihnen der Zugang zu den aktiven Leistungen der Arbeitsmarktpolitik wie Weiterbildung, Beratung und Vermittlung erheblich erschwert. Ebenso werden keine Beiträge zur Rentenversicherung geleistet.





## Verarmung von Migrantinnen und Migranten

**Nafiz Özbek, der beim Vorstand der IG Metall das Ressort Migration leitet, zeigt die schwierige Situation von Migrantinnen und Migranten**

Mit den Hartz-Gesetzen hat die damalige rot-grüne Bundesregierung mehr als sechs Millionen Menschen zu Armut per Gesetz verurteilt. Menschen mit Migrationshintergrund sind von den Gesetzen direkt und indirekt besonders betroffen, weil die neuen Regelungen negative Auswirkungen auf ihren Aufenthaltstatus haben können. Außerdem sind Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so häufig von Erwerbslosigkeit betroffen wie gebürtige Deutsche. Die Migrantengesellschaft bildet somit sozial und finanziell gesehen eine Unterschicht unter der deutschen Unterschicht. Und sie ist auf dem Weg, weiter zu verarmen. Die Hartz-Gesetze wirken wie Katalysatoren, um diese Lage noch zu verschlechtern und Arbeitslosigkeit und Armut unter den EinwandererInnen zu vergrößern. Da die Zumutbarkeitsregelungen noch verschärft worden sind, können die meisten MigrantInnen in dem ohnehin segmentierten Arbeitsmarkt kaum eine Beschäftigung finden. Dieser Tatbestand ist Ausgrenzung und Diskriminierung pur.



Nafiz Özbek

## Hartz IV und die Perspektive behinderter Menschen



Barbara Vieweg

**Barbara Vieweg von ISL e.V. (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben) fordert, dass Grundsicherungsmodelle die Frage der Nachteilsausgleiche mit aufnehmen müssen**

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen, da sie strukturell bedingt häufiger (langzeit-) erwerbslos sind. Nachteilsausgleiche und der Zugang zu Hilfsmitteln und Geldleistungen sind deshalb notwendig.

Diese Bedarfslage wird weder im ALG II noch in den ARGEN berücksichtigt. Der geringe Regelsatz kann den behinderungsbedingten Mehrbedarf nicht decken, besondere Wohnungskosten sind nicht erfasst. Viele behinderte Menschen benötigen für eine Erwerbstätigkeit Unterstützung am Arbeitsplatz, die aber für die so genannten Arbeitsgelegenheiten nicht vorgesehen ist.

ISL e.V. unterstützt alle Forderungen nach einer Existenzsichernden Grundsicherung. Denn immer noch sind viele Nachteilsausgleiche an eine Erwerbsarbeit gebunden. Grundsicherungsmodelle müssen diese Frage unbedingt aufnehmen. Gleichzeitig muss auch der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor für behinderte Menschen offen sein.

## Gegen Missbrauchsdebatten und Zwang zur Arbeit

**Marion Drögsler vom Arbeitslosenverband Deutschland e.V. erklärt die Notwendigkeit eines gesellschaftlichen Strukturwandels**

Im Wesentlichen stimmt der Arbeitslosenverband mit den inhaltlichen Schwerpunkten des Antrages der Fraktion DIE LINKE. überein.

Im Rahmenantrag wird ein Recht auf unabhängige kostenlose Sozialberatung gefordert – dies unterstützen wir ausdrücklich! Aber: Wir fordern dazu auch die Pflicht des Staates ein, solche Beratungsstellen zu finanzieren.

Nur mit einem tatsächlichen gesellschaftlichen Strukturwandel kann Deutschland wegkommen von Arbeitslosengeld I und II und der so genannten Grundsicherung des SGB XII, von Missbrauchsdebatten und Vorverurteilung der Betroffenen, von Zumutbarkeitsregeln, die nicht zumutbar sind, vom Zwang zur Arbeit. Dazu sollten Debatten über ein Mindesteinkommen von 850 Euro plus Warmmiete, über einen Mindestlohn von 1700 Euro brutto und die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors verstärkt geführt werden.



Marion Drögsler



Es reicht!

Wo bleibt der Mensch

Schenken Sie Aufmerksamkeit

Lebenshilfe



## Existenzgeld zur Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe

**Erika Biehn aus der Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG-SHI e.V.) will, dass niemandem die materielle Lebensgrundlage entzogen wird**



Erika Biehn

Die BAG-SHI e.V. fordert bereits seit vielen Jahren ein Existenzgeld. Dieses soll die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sichern. Es steht allen Personen, die sich dauerhaft in Deutschland aufhalten, in gleicher Höhe zu. Es soll ohne Unterhaltspflicht, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitszwang, unabhängig von Pass und Alter gewährt werden. So lange es noch kein Existenzgeld gibt, muss der Regelsatz kurzfristig auf 500 Euro angehoben werden.

Die BAG-SHI e.V. fordert zudem die Übernahme der tatsächlichen Wohnkosten.

Niemand darf durch Entzug der Lebensgrundlage durch Leistungskürzungen zur Arbeit gezwungen werden. Deshalb fordern wir die Abschaffung der Ein-Euro-Jobs und des Sanktionsparagrafen § 31 SGB II.

## Soziale Rechte erkämpfen



Edgar Schu

### Edgar Schu, Sprecher des Aktionsbündnisses Sozialproteste, wirbt für eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und parlamentarischer Linker

Unser Bündnis fordert eine radikale Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit, einen gesetzlichen Mindestlohn, der Existenz sichernd ist, sowie eine Entwicklung hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen. Im ersten Schritt fordern wir eine Anhebung des ALG II auf 500 Euro.

Der Rahmenantrag sollte zudem einen Arbeitszwang explizit ausschließen. Ohne Angst vor Hartz IV führen Erwerbstätige ganz andere Arbeitskämpfe.

Wir halten es daher für wichtig, dass die parlamentarische Linke gemeinsam mit den Gewerkschaften und den neuen sozialen Bewegungen eine strategische Allianz bildet. Die Linke in und außerhalb des Parlaments sollte sich weniger um Regierungsfähigkeit streiten, sondern oppositionsfähig werden.

## Menschenwürde erfordert ein bedingungsloses Grundeinkommen



Werner Rätz

### Werner Rätz von attac Deutschland weist auf die unterschiedlichen Beiträge zur gesellschaftlichen Produktivität hin

Wir begrüßen, dass das Individualprinzip für die soziale Grundsicherung im Antrag festgeschrieben wurde.

Der Grundsicherungsanspruch sollte für alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltstatus gelten.

„Arbeitswilligkeit“ als Voraussetzung für die Gewährung einer sozialen Grundsicherung zu verlangen, wäre menschenrechtswidrig. Die Grundsicherung muss einen Zwang zur Arbeit ausschließen.

Die gleiche Menschenwürde aller Individuen gebietet es, ihre jeweiligen Beiträge zur gesellschaftlichen Produktivität gleichermaßen zu achten. In modernen Produktionsprozessen ist es in der Regel nicht mehr möglich, den Anteil an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion einzelnen Individuen zuzuordnen. Dies könnte auch schon im Rahmen einer repressions- und ermessensfreien, bedarfsorientierten Grundsicherung berücksichtigt werden. Letztlich wird aber ein bedingungsloses Grundeinkommen erforderlich sein.



# Kontaktstelle gesellschaftliche und soziale Bewegungen

Die Vorbereitung der Anhörung zu Hartz IV war eine der ersten öffentlich wirksamen Aktivitäten der „Kontaktstelle gesellschaftliche und soziale Bewegungen“. Die Kontaktstelle ist eine neue Einrichtung der Fraktion DIE LINKE. Sie ist Anlaufstelle für bundesweite außerparlamentarische Bewegungen, Gewerkschaften, Gruppen und Initiativen, Vereine und Verbände. Ihre Arbeit zielt darauf ab, den Dialog zwischen unterschiedlichen Formen von Politik herzustellen und ist somit als Kommunikationsknotenpunkt zu verstehen. Die Kontaktstelle wurde eingerichtet, die Politik der Bundestagsfraktion durch die Kompetenz der AktivistInnen und Betroffenen mitzugestalten. Gleichzeitig soll sie aber auch inhaltlich und aktionsbezogen mit entsprechenden (Bewegungs-) Strukturen kooperieren.

DIE LINKE. im Bundestag  
Kontaktstelle Soziale Bewegungen  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 22 75 20 97  
Fax: +49 (0) 30 22 75 65 44

[kontaktstelle@linksfraktion.de](mailto:kontaktstelle@linksfraktion.de)

## Rahmenantrag der Fraktion DIE LINKE.

[www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/pdfs/240106\\_antraghartziv.pdf](http://www.linksfraktion.de/presse/mitteilungen/pdfs/240106_antraghartziv.pdf)

## Broschüre zur Öffentlichen Anhörung

[www.linksfraktion.de/service/downloads/broschueren/index.htm](http://www.linksfraktion.de/service/downloads/broschueren/index.htm)

## Dokumentation der Öffentlichen Anhörung

[www.linksfraktion.de/service/downloads/broschueren/index.htm](http://www.linksfraktion.de/service/downloads/broschueren/index.htm)

## Weitere Informationen und Kontakte

<http://erwerbslose.verdi.de/>

[www.paritaet.org/gv/infothek/hartz\\_iv/](http://www.paritaet.org/gv/infothek/hartz_iv/)

[www.dgb.de/dgb/frauen/dgb\\_frauensekretaerinnen\\_bezirke.htm](http://www.dgb.de/dgb/frauen/dgb_frauensekretaerinnen_bezirke.htm)

[www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)

[www.isl-ev.org/](http://www.isl-ev.org/)

[www.arbeitslosenverband.org/](http://www.arbeitslosenverband.org/)

<http://bundeskoordinierung@arbeitslosenverband.org>

[www.bag-shi.de/hilfe/](http://www.bag-shi.de/hilfe/)

[www.die-soziale-bewegung.de/](http://www.die-soziale-bewegung.de/)

[www.attac.de/genug-fuer-alle/cms/news.php](http://www.attac.de/genug-fuer-alle/cms/news.php)

Herausgeberin:

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag  
Platz der Republik 1, D-11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 22 75 11 70

Fax: +49 (0) 30 22 75 61 28

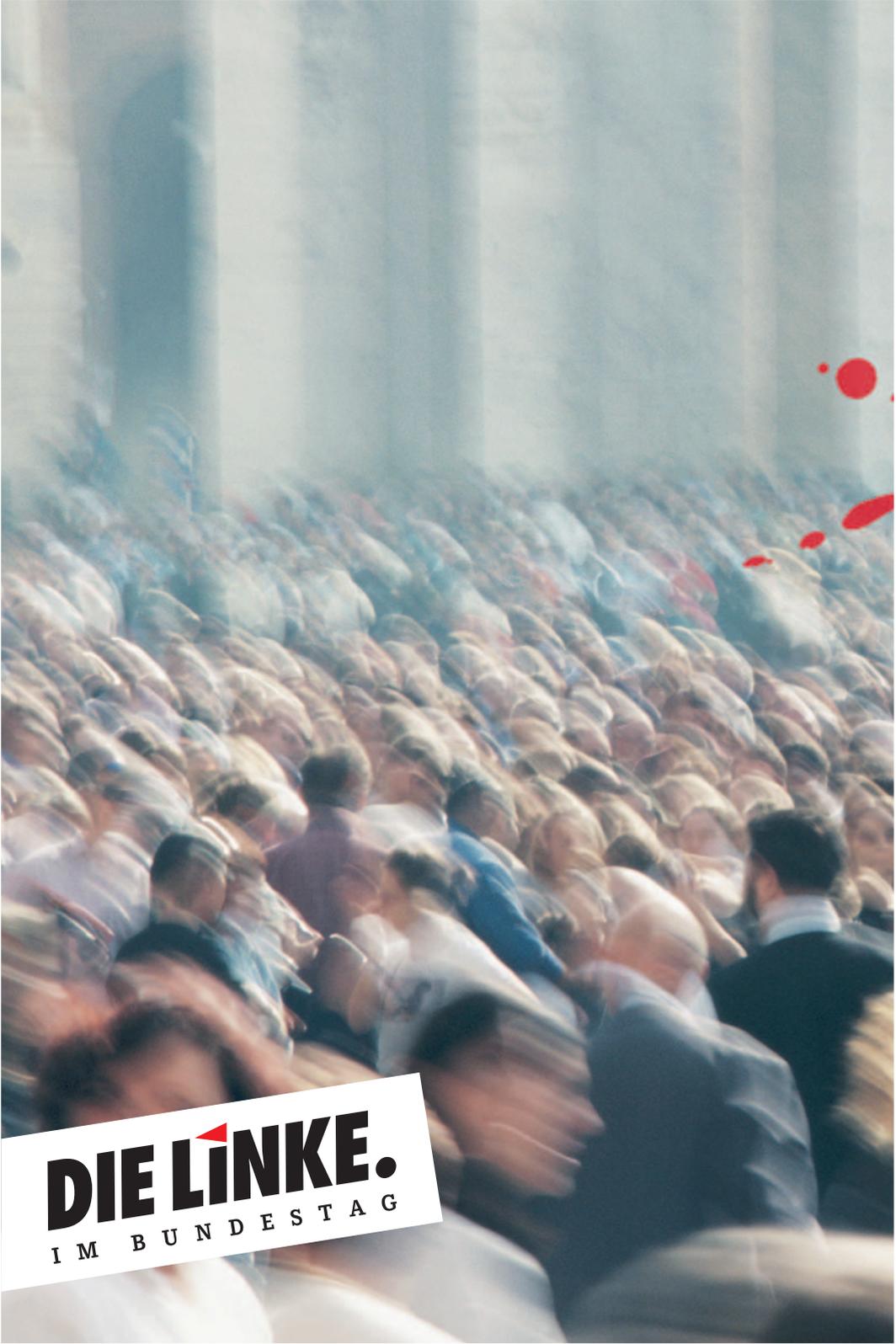
[fraktion@linksfraktion.de](mailto:fraktion@linksfraktion.de)

[www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

Fotos: laif, getty images, Burkhard Lange

Grafikdesign: Mediaservice, Harald Michaelis

Druck: Mediaservice, BärenDruck



**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G